



Trends und Entwicklungen in der deutschen und europäischen Familienpolitik

Vortrag anlässlich der Erweiterten Vorstandssitzung mit Fachseminar, 23.02.2008, Bad Honnef

Guten Morgen,

Ich möchte heute einige Trends und Entwicklungen der Familienpolitik nachzeichnen. Was wurde bisher gemacht? Wo geht es voraussichtlich hin?

Ich gehe nach folgender Gliederung vor:

1. Wann ist eine Minderheit noch eine Minderheit?
2. Die Beharrlichkeit von Dogmen

Ich konzentriere mich dann auf drei Beispiele der derzeitigen Familienpolitik, nämlich

3. Der demografische Wandel, das Elterngeld, die Ausgrenzung von Armut

Diese Entwicklungen führen meiner Ansicht nach 4. zu einem familienpolitischen Vakuum für Alleinerziehende

5. In einem Fazit werde ich diese Befunde in den Kontext der Familienpolitik einordnen

1. Mengenlehre:

Wenn wir über Familienpolitik für Alleinerziehende sprechen, dann ist ein Argument von besonderem Interesse: Die zahlenmäßige Verteilung von Alleinerziehenden. Dies führt zu der Frage: Wann ist eine Minderheit noch eine Minderheit?

Alleinerziehende werden mehr, der Anstieg von 2005 nach 2006 war zwar nicht erheblich, aber doch konstant. Nach wie vor leben in Deutschland zunehmend Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, und das heißt: Es werden nicht nur mehr, es werden auch bei den jüngeren Kindern mehr. Der Zuwachs an Alleinerziehenden kommt also nicht daher, dass Söhne im Erwachsenenalter wieder bei Mama einziehen. Das heißt auch: wir graben den anderen Familien im übertragenen Sinne anteilig das Wasser ab. Die Ehepaarfamilien werden immer weniger, die Alleinerziehenden bilden inzwischen ein Fünftel aller Familien und ein Viertel, wenn man die Volljährigen Kinder einrechnet. Außer den Einelternfamilien wächst nur die Gruppe nicht verheirateter Paare mit Kindern noch an.

Kann man bei 20 Prozent Alleinerziehenden noch von einer Sondergruppe sprechen oder bilden sie nicht einfach die Familien in Deutschland ab? Das ist eine rhetorische Frage – für den VAMV jedenfalls. Dieses Verhältnis bildet sich jedoch nicht in der Familienpolitik ab. Hans Bertram stellt hierzu fest:

„...in der öffentlichen Debatte um Kinder und Familien [steht] die Sorge und die Befürchtung von möglichen Problemen und Verlusten im Mittelpunkt [...] und die Lösungsvorschläge [unterscheiden] sich nur wenig von denen von vor 30 und 40 Jahren [...].“

Das zeigt sich auch an der medialen Verwertung der Mikrozensusdaten, Ende letzten Jahres:

„Deutsche wollen nicht mehr Familie sein“ (F.A.Z.), „Lebensform Familie vom Aussterben bedroht“ (Der Tagesspiegel), „Weniger Familien in Deutschland“ (Financial Times Deutschland).

Die Bundesfamilienministerin stellte angesichts der Ergebnisse fest „Die Ehe ist besser als ihr Ruf“ und „Das Kindergeld im Falle einer Erhöhung zu staffeln kann ein erster Schritt sein, Mehrkinderfamilien gezielt zu fördern.“ Speziell der letzte Satz macht sehr deutlich, welche Leitbilder unsere bundesdeutsche Familienpolitik hat: Ein bisschen Gleichberechtigung muss schon sein, aber bitte trotzdem möglichst verheiratet und mit vielen Kindern. So soll es sein.

2. Beharrlichkeit von Dogmen

Die Ehe bleibt in der Familienpolitik eine zentrale Institution, die auch bei der Formulierung neuer Maßnahmen als normatives Leitbild im Hintergrund steht. Familienpolitik ist damit immer auch Ehepolitik oder wenigstens eher Ehefamilienpolitik als Einelternerfamilienpolitik. Der Grund ist unter anderem wirtschaftlicher Natur:

In Ehen können Aufgaben – und ich bitte um Verständnis für den etwas zynischen Tonfall – die bei Alleinerziehenden eher in öffentlicher Verantwortung liegen, privat gelöst werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von zwei Personen getragen, auch wenn eine Person regelmäßig Nachteile daraus hat. Macht die Kindertagesstätte Ferien, ist ein Kind krank, muss die Mutter gepflegt werden, schließt der Hort um 16 Uhr – immer kann in einer Ehe eine/r (meistens eine) zu Hause bleiben und der/die andere arbeitet. Partnerschaften und insbesondere Ehen verwirklichen das die bundesdeutsche Vorstellung von Subsidiarität kostengünstiger als Alleinerziehende. Und da Deutschland nicht bereit ist, zu akzeptieren, dass die Erziehung und Bildung von Kindern im Zeitalter einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft stärker in öffentlicher Verantwortung liegen muss als in einer Industriegesellschaft bleibt die Familienpolitik wie eine Schallplatte mit Sprung auf der Ehe hängen. Ressourcen und Kompetenzen von Alleinerziehenden gelten immer als Ausnahme, ihre Bedürftigkeit als Regel.

Diese Rechnung lief in der Familienpolitik bisher gut.

- Bisher heißt, bis der Druck der Frauen zu gleichberechtigter Erwerbsarbeit so groß geworden ist, dass heute die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Kernthema ist, das diskursiv jedoch vom demografischen Wandel getragen wird (beachte: wenn Frauen einfach gleichberechtigt sein wollen, reicht das nicht, es muss schon ein handfester wirtschaftlicher Faktor dazukommen).
- Bisher heißt, bis die Alleinerziehenden so einen hohen Anteil bilden, dass sie nicht mehr ignoriert werden können.
- Bisher heißt, bis internationale Bildungsstudien und Studien über das Wohlbefinden Deutschland immer häufiger bestätigen, dass es im Hinblick auf Familienpolitik am Ende der Staffel läuft. Dazu hier das Beispiel der Unicef-Vergleichsstudie

Das Ergebnis dieser vom Grundsatz her traditionell orientierten Politik ist, damit das internationale Mittelmaß. Da Alleinerziehende die öffentliche Verantwortung stärker einfordern, könnten sie als Zielgerade einer zukunftsfähigen Familienpolitik gelten.

Ich verdeutliche nun an drei Beispielen, in welchen Aspekten die deutsche Familienpolitik am Ziel vorbeigeht:

Beispiel 1: der demografische Wandel

Der demografische Wandel dient als Rechtfertigung familienpolitischer Maßnahmen. Bestimmte Gruppen werden als besonders förderungsbedürftig definiert (darunter Akademiker-Paare). Andere Lösungen (z.B. Arbeitsmarktpolitik) werden nicht diskutiert. Kinder werden als „Kapital“ gewertet.

Beispiel 2: Das Elterngeld

Das Elterngeld richtet sich an erwerbstätige Eltern. Je höher das Einkommen ist, desto höher ist das Elterngeld. Diese Leistung wird, im Gegensatz zum Arbeitslosengeld, steuerfinanziert. Der Mindestbetrag ist so gering, dass Menschen mit geringem Einkommen oder ohne vorhergehende Arbeit davon nicht leben können. Arme Eltern sind in dieser Rechnung nicht vorgesehen, es handle sich, so eine Expertin in der Anhörung, ja auch nicht um Sozialpolitik. Das ist richtig – aber es gibt kein sozialpolitisches Instrument für arme Eltern mit neugeborenen Kindern. Zur Ergänzung: Laut Familienministerin von der Leyen profitieren Alleinerziehende vom Elterngeld. Deshalb haben wir eine Sonderauswertung zur Höhe des Elterngeldes nach Familienstand angefordert.

Die Gewinner des Elterngeldes sind verheiratete Väter: Das überrascht nicht, verheiratete Väter sind steuerlich die Gewinner, sie gewinnen auf dem Arbeitsmarkt, sie sind genau in den Aspekten Gewinner, die für das Elterngeld maßgeblich sind.

Ledige Väter stehen innerhalb der Gruppe der Männer am schlechtesten da: von ihnen beziehen 30 Prozent den Mindestbetrag. Damit ist der Anteil der Mindestbetragsbezieher dennoch geringer als bei allen Gruppen von Müttern.

Verliererinnen des Elterngeldes sind ledige Mütter. 42 Prozent von ihnen beziehen den Mindestbetrag. Das bedeutet, dass mindestens diese Gruppe vor der Geburt des Kindes kein für den Elterngeldbezug maßgebliches Erwerbseinkommen hatte. Werden diejenigen hinzugerechnet, die ein Elterngeld von unter 500 Euro beziehen, erhöht sich der Prozentsatz auf 59 Prozent.

Bei geschiedenen Müttern sieht es nicht viel besser aus: Der Anteil der Bezieherinnen von Elterngeld unter 500 Euro liegt bei 56 Prozent, allerdings beziehen nur 38 Prozent den Mindestbetrag.

Verwitwete Mütter beziehen zu 57 Prozent 300 Euro Elterngeld. In den Gruppen, bei denen überwiegend Alleinerziehende vermutet werden können: ledige, geschiedene und verwitwete Mütter, findet sich ein hoher Anteil an Frauen, die nur ein geringes Elterngeld beziehen, und die keinesfalls davon leben können.

Der Anteil derer, die 1.800 Euro und mehr Elterngeld erhalten liegt bei den Frauen zwischen 1 und 2 Prozent, bei den Männern zwischen 6 und 14 Prozent.

Das Elterngeld macht deutlich, was bereits vor der Geburt von Kindern schief läuft: Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt weniger erfolgreich als Männer, insbesondere wenn sie Mütter werden. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar. Um dies zu ändern bedarf es einer sinnvollen familiengerechten Arbeitsmarktpolitik und eines grundlegenden Paradigmenwechsels im Erwerbsleben. Dass Mütter arbeiten muss genauso normal sein wie dass Väter arbeiten.

Die Vereinbarkeitspolitik als Familienpolitik hat jedoch ein Thema völlig verdrängt: wirtschaftliche Not und Armut von Kindern und ihren Eltern.

Das dritte, im Hinblick auf Alleinerziehende besonders dramatische Beispiel ist die Ausgrenzung von Armut. Die aktuelle Familienpolitik hat sich weitgehend von der Sozialpolitik verabschiedet. Familienpolitik hat sich dem Leitbild der Förderung von Geburten und der Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien, in denen mindestens eine/r erwerbstätig ist verschrieben. Die Bekämpfung von Armut gehört nicht dazu.

Das wird deutlich, wenn man das Kompetenzzentrum familienbezogene Leistungen betrachtet:

184 Millionen Euro werden in Deutschland in Familienpolitik investiert, so die bisherige Annahme, und sie kommen nicht an. – Das Familienministerium hat deshalb ein „Kompetenzzentrum familienbezogene Leistungen“ installiert. Dieses Zentrum soll sich mit der Wirksamkeit familienpolitischer Instrumente befassen. Das Zentrum befasst sich im Wesentlichen mit drei Gruppen von Familien:

Mehrkindfamilien
Erwerbstätigenfamilien
Familien mit kleinen Kindern

Wer fehlt in dieser Aufzählung?

Die letzten monetären familienpolitischen Maßnahmen waren einkommensabhängig. Familienpolitische Maßnahmen im Bezug auf Armut sind nichtmonetär. Sie haben ordnungspolitischen Charakter: Frühwarnsysteme und die Diskussion um die U-Untersuchungen gehören dazu. Dass die Hauptursache von Armut, nämlich materieller Mangel, nicht bekämpft wird, hat unter anderem zu folgenden Armutsraten geführt:

In dieser Grafik werden unterschiedliche Armutsniveaus bei Kindern erfasst (jeweils weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens, bezogen auf unterschiedliche Gruppen). Der Trend ist gleich: Die Kinderarmut steigt.

Ich komme mir schon ein bisschen gebetsmühlenartig vor, aber es ist einfach ganz offensichtlich, dass Kinder in Deutschland arm sind, und deren Familien sind auch arm. 44,5 Prozent der Kinder in Familien die ALG II beziehen sind Kinder in Einelternfamilien.

Alleinerziehende fallen damit aus den meisten familienpolitischen Leistungen raus – sie sind der Sonderfall, der Kinderbetreuung und Kontrolle braucht. Damit befinden sie sich in einem familienpolitischen Vakuum. Echte Förderleistungen kommen bei den Alleinerziehenden nicht an, weil sie die Voraussetzungen (verheiratet sein für Ehegattensplitting, guter Verdienst für steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuung, Existenz sichernde Erwerbstätigkeit) nicht erfüllen. Sie sind „bedürftig“ und erhalten „bedarfsabhängige“ Leistungen. Der Kinderzuschlag mit der vollen Anrechnung von Kindesunterhalt ist ein weiteres Beispiel für Leistungen, die an den Alleinerziehenden vorbeigehen.

Zusammenfassend lässt sich also folgendes festhalten:

Die Familienpolitik hält weitestgehend am normativen Leitbild der Paarfamilie fest, alle weiteren Aktivitäten erinnern eher an Simulationsverhalten (lokale Bündnisse, MGHs etc.).

Im Einzelfall werden Normen aufgegeben (Unterhaltsrechtsreform) und dann eher zum Nachteil von Frauen.

Elterngeld und Unterhaltsrechtsreform zeigen das an, was Herr Bertram in der letzten Brigitte zusammenfasste: Die Frauen müssen endlich mehr verdienen. Ja, Gerne!

Das bedeutet vor allem, dass die öffentliche Verantwortung für Kinder gestärkt werden muss: hochwertige Bildungseinrichtungen mit zeitlich flexiblen Angeboten, grundsätzliche gemeinschaftliche Verantwortung für Problemlagen wie Kinderarmut statt Individualisierung von Risiken. Und das bedeutet auch, dass die Verantwortung für Kinder nicht nur einem Geschlecht zukommen darf: Kinder müssen von Müttern und Vätern versorgt werden. Die derzeitigen Daten deuten darauf hin, dass es zwar gedanklich einen großen Schritt zu einer erhöhten Aufgabenübernahme durch Väter gibt, dass sich im tatsächlichen Verhalten aber eine überraschende Starre abzeichnet. Die neuen Väter gibt es nach Ansicht von Prof. Lange vom DJI einfach noch nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

